



HEIKO BRAND

STEUERKANZLEI

Paul-Hartmann-Straße 61, 89522 Heidenheim

Fon: 07321 277 19-0 | Email: info@steuerberater-brand.de

2017/2018

Kluges Handeln vor dem Jahreswechsel – KapG & Gesellschafter



Wir sind unseren Mandanten ein zuverlässiger Partner in allen

Beratungssituationen, sei es bei der Beantwortung von

Spezialfragen oder auch bei der Lösung komplexer Probleme.

Sprechen Sie uns an!

Unsere Beratungsschwerpunkte liegen in den Bereichen

- Steuerberatung
- Existenzgründungen
- Firmenumstrukturierungen
- Unternehmens- und Wirtschaftsberatung

WEB: www.stb-hdh.de

Email: info@steuerberater-brand.de

Fon: +49 7321 277190

Steuerliche Überlegungen zum Jahreswechsel für Kapitalgesellschaften (GmbH/Gesellschafter/Geschäftsführer)

Kluges Handeln vor dem Jahreswechsel 2017/2018!

Noch vor Ablauf des Jahres können Entscheidungen getroffen oder Handlungen vollzogen bzw. unterlassen werden, die zu einer Steuerersparnis führen. Auch gilt es Dinge zu überprüfen, die ggf. jeweils zum Jahreswechsel neu geregelt oder angepasst werden müssen. Ein persönlicher Check "Was ist im alten Jahr noch zu regeln?", ist hier frühzeitig angeraten.

Auch **Kapitalgesellschaften (GmbH's)** und insbesondere Ihre Gesellschafter können vor dem Jahreswechsel noch einiges zu ihren Gunsten regeln. Hierbei blicken wir auf die klassische Unternehmer-GmbH. Die Kapitalgesellschaft in der die beteiligten Unternehmer / Gesellschafter mitarbeiten.

Wichtig: Für die Kapitalgesellschaften sind auch eine Reihe von Überlegungen von Bedeutung die hier bereits unter der Rubrik „Unternehmer“ aufgeführt wurden. Wir bitten Sie diese dort nachzulesen.

✓ Stammkapital / Eigenkapital

Bei der Frage des **Eigenkapitals** sind hier die gesetzlichen Bestimmungen zum Erhalt des Stammkapitals zu beachten. Soweit ein negatives Eigenkapital durch erwartete Verluste zu befürchten ist, kann den Folgen hieraus durch **Kapitaleinzahlungen** in die „Freie Rücklage“ oder als Gesellschafterdarlehen - mit entsprechender Rangrücktrittserklärung - entgegengetreten werden.

Zum Thema „**Rangrücktrittserklärung**“ sollte folgendes bedacht werden. Der Bundesfinanzhof hat mit seinem umstrittenen Urteil vom 15.4.2015 (BFH I R 44/14) erneut bestätigt, dass ein Gesellschafterdarlehen als Verbindlichkeit gewinnerhöhend auszubuchen ist, soweit zwischen im Darlehensvertrag vereinbart ist, dass der Darlehensgeber eine Tilgung des Darlehens nur aus einem künftigen Bilanzgewinn und aus einem freien Liquiditätsüberschuss verlangen kann. Dies führt zwangsläufig im Einzelfall neben der Krise in dem sich das Unternehmen offenbar befindet, noch zu einer zusätzlichen Steuerbelastung. Tipp: Soweit eine solche Abrede besteht, sollte diese in der Weise abgeändert werden, dass auch eine Darlehenstilgung aus freiem Vermögen möglich ist.

✓ Gewerbesteuerbelastung

Hinsichtlich der Gewerbesteuerbelastung gilt es zu überprüfen, ob die **Freigrenzen für die steuerschädlichen Hinzurechnungen** überschritten wurden/überschritten werden. Ist dies der Fall, so sollte die Finanzierung von Anlagegütern überdacht werden. Dies trifft ebenso auf die Verträge mit Angehörigen, die steuerliche Betriebsaufspaltung und andere Sachverhalte zu, die zu **hohen Miet- und Zinsaufwendungen** und damit zu einer hohen Gewerbesteuerbelastung führen. Im Gegensatz zu den Personenunternehmen bleiben die Kapitalgesellschaften auf einer hohen Gewerbesteuerbelastung „sitzen“. Das heißt, es besteht keine Verrechnungsmöglichkeit mit anderen Steuern und die Gesamtsteuerbelastung (Körperschaftsteuer + Gewerbesteuer) wird deutlich erhöht. Per Saldo wirken sich dann Miet- und Leasingaufwendungen ungünstiger auf die Höhe der Gewerbesteuer aus als die Finanzierungskosten eines Darlehens.

Steuerliche Überlegungen zum Jahreswechsel für Kapitalgesellschaften (GmbH/Gesellschafter/Geschäftsführer)

✓ Gewinnreduzierung durch Versorgungszusage

Bei einer außerordentlichen hohen Gewinnerwartung ist zu prüfen, inwieweit eine **Versorgungszusage an die im Unternehmen tätigen Gesellschafter** sinnvoll ist. Dies ggf. ohne Rückdeckungsversicherung, um die Steuervorteile zur langfristigen Kapitalstärkung des Unternehmens zu nutzen. **Pensionszusagen** an Arbeitnehmer wie auch im Unternehmen mitarbeitende Gesellschafter/Familienangehörige, die noch im lfd. Jahr erteilt werden, führen durch die Bildung einer entsprechenden Rückstellung zur Minderung des Gewinns. Auch hier gilt es allerdings die steuerlichen Spielregeln zu beachten. Ebenso sollten bestehende Zusagen und ggf. Rückversicherungen in Bezug auf ihre Realisierbarkeit überprüft werden. Rechtzeitiges Handeln kann hier vor negativen Überraschungen schützen. Es ist nicht immer zwingend der Abschluss zusätzlicher Rückdeckungsversicherungen oder überhaupt die Nachzahlung von Versicherungsbeiträgen zur Auflösung von Unterdeckungen angeraten.

✓ Risiken bei einer steuerlichen Betriebsaufspaltung

Im Rahmen einer **Betriebsaufspaltung** sind Pachtzahlungen auf ihre Angemessenheit (Drittvergleich) hin zu überprüfen. Liegen die Pachtzahlungen unterhalb des üblichen Rahmens ist folgendes zu beachten: Überlässt der Besitzunternehmer Wirtschaftsgüter an die Betriebsgesellschaft unentgeltlich oder teilentgeltlich, werden die Aufwendungen (Abschreibung, Darlehenszinsen, lfd. Aufwendungen, Reparaturen u.a.) beim Besitzunternehmen vom Teilabzugsverbot des § 3c EStG (60 %) erfasst (vergl. § 3 c Abs. 2 Satz 2+3 EStG).

Liegen die Pachteinnahmen oberhalb des üblichen Rahmens, besteht das Risiko einer verdeckten Gewinnausschüttung mit den steuerlichen Folgen hieraus.

✓ Geschäftsführerverträge und Verträge mit Angehörigen

Auch die **Geschäftsführerverträge und Verträge mit Angehörigen** gilt es zu prüfen. Sind diese noch aktuell? – Sind Anpassungen zum 01.01. notwendig ?

✓ Allgemein zur Gewinnrealisierung im Bereich der GmbH oder auf der Ebene des Gesellschafters

Die Körperschaftssteuerbelastung auf den Gewinn der GmbH beträgt seit 2008 15 %. Unter Berücksichtigung der nicht mehr als Betriebsausgabe abzugsfähigen Gewerbesteuer von ca. 15 % (abhängig vom Hebesatz der Gemeinde), ist mit einer **Ertragsteuerbelastung bei Kapitalgesellschaften von ca. 30 %** zu rechnen. Die Einkünfteerzielung über Dividenden ist in der Regel steuerlich ungünstiger als die Einkünfteerzielung über Arbeitslohn oder **legale Möglichkeiten der Einkommensverlagerung** (Mietverträge, Aushilfslöhne, Firmenwagen etc.). Bei einer Dividendenausschüttung kommt es einer weiteren Besteuerung des bereits bei der Kapitalgesellschaft versteuerten Gewinns. Dies durch die Belastung mit Kapitalertragssteuer von 25 % auf die 70 %ige Ausschüttung. Dies entspricht einer weiteren Steuerbelastung von 17,5 % bezogen auf 100 % des Unternehmensgewinnes. Bleibt es dabei, beträgt die Steuerbelastung auf den vom Unternehmen des Gesellschafters erwirtschafteten Gewinn, aus dem Blick des Gesellschafters, 47,5 % (30 % + 17,5 %). Soli und Kirchensteuer sind hier nicht berücksichtigt. Insoweit ist der persönliche Einkommenssteuersatz von 42 % für Lohn- und Mieteinkünfte um ca. 5,5 % (bezogen auf den Unternehmensgewinn vor Steuern) günstiger. Der Aufbau von Vermögen in der Kapitalgesellschaft ist - bedingt durch den Steuersatz von 30 % - deutlich schneller möglich, als der Aufbau von Vermögen auf der privaten Ebene des

Steuerliche Überlegungen zum Jahreswechsel für Kapitalgesellschaften (GmbH/Gesellschafter/Geschäftsführer)

Gesellschafters. Das bei der GmbH "geparkte" Vermögen kann dann ggf. im Rahmen einer Altersvorsorgeregelung zum persönlichen Steuersatz im Alter entnommen werden. Hier sind frühzeitig strategische Überlegungen im Interesse des Gesellschafters und des Unternehmens anzustellen.

Wichtig! Sämtliche Kapitalgesellschaften sind verpflichtet ihre Jahresabschlüsse beim **elektronischen Bundesanzeiger** fristgerecht in der je nach Größenklasse der Gesellschaft vorgeschriebenen und umfassenden Form einzureichen. Die Offenlegung für nicht börsennotierte Kapitalgesellschaften muss unverzüglich nach Vorlage des Jahresabschlusses an die Gesellschafter, spätestens jedoch vor **Ablauf von zwölf Monaten nach Ablauf des betreffenden Geschäftsjahres** erfolgen. Demgemäß läuft die Frist für den Jahresabschluss per 31.12.2016 zum **31.12.2017** ab. Es besteht damit eine grundsätzliche **Veröffentlichungs-/Publizitätspflicht**. Bei Nichtbeachtung der Offenlegungspflichten kommt es in aller Regel zu einem Ordnungsgeldverfahren. Das Bundesamt für Justiz leitet ein Ordnungsgeldverfahren ein mit der Aufforderung, innerhalb einer Nachfrist von sechs Wochen den gesetzlichen Einreichungs- und Veröffentlichungspflichten nachzukommen. Dies geschieht unter Androhung eines Ordnungsgeldes, das zwischen 2.500 € und 25.000 € betragen kann.

✓ Bilanzpolitik: Bedeutung der Größenklassen des HGB

Kleine Kapitalgesellschaften genießen gegenüber mittelgroßen und großen Kapitalgesellschaften deutliche Erleichterungen bei der Rechnungslegung und Publizität. So unterliegen kleine Kapitalgesellschaften insbesondere nicht der gesetzlichen Prüfungspflicht durch einen vereidigten Buchprüfer oder Wirtschaftsprüfer. Die Aufstellung des Jahresabschlusses kann für diese Gesellschaften später erfolgen. Außerdem sind auch deutlich weniger Pflichtangaben im Anhang zu machen, die Bilanz braucht weniger tief gegliedert zu werden und ein Lagebericht ist entbehrlich. Zudem existieren noch deutliche Erleichterungen bei der Publizität des Jahresabschlusses im Bundesanzeiger, insbesondere braucht die Gewinn- und Verlustrechnung nicht offengelegt zu werden.

Deshalb sollte zum Jahresende geprüft werden, ob die jeweiligen Schwellenwerte zur Abgrenzung zwischen kleinen und mittleren Gesellschaften durch geeignete Gestaltungsmaßnahmen noch vor dem Bilanzstichtag unterschritten werden können. Allerdings treten die Rechtsfolgen erst dann ein, wenn zwei der genannten Merkmale (Schwellenwerte) an zwei aufeinanderfolgenden Abschlussstichtagen unter- oder überschritten werden.

Die Größenklassen stellen sich nach geltendem Recht – nach der deutlichen Anhebung der Schwellenwerte durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – wie folgt dar:

	Kleine GmbHs	Mittelgroße GmbHs	Große GmbHs
Bilanzsumme	≤ 6 Mio.	≤ 20 Mio. €	> 20 Mio. €
Umsatzerlöse	≤ 12 Mio. €	≤ 40 Mio. €	> 40 Mio. €
Arbeitnehmer	≤ 50	≤ 250	> 250

Handlungsempfehlung: Soweit beabsichtigt wird, gerade das gestaltbar erscheinende Kriterium der Bilanzsumme mit dem Ziel des Unterschreitens der Schwellenwerte zu mindern, können verschiedene sachverhaltsgestaltende wie auch bilanzpolitische Instrumente genutzt werden, deren Einsatz im konkreten Einzelfall zu prüfen wäre (z.B. Aufschub von Investitionen und/oder Außenfinanzierungen, Rückführung von Außenfinanzierungen, Sale-and-lease-back-Gestaltungen, Vornahme von Gewinnausschüttungen, Abtretung von Forderungen, Auslagerung von Pensionsverpflichtungen). Unter Hinzuziehung steuerlichen Rats sollten rechtzeitig die Situation analysiert und mögliche Strategien entwickelt werden.

Steuerliche Überlegungen zum Jahreswechsel für Kapitalgesellschaften (GmbH/Gesellschafter/Geschäftsführer)

✓ Bilanzpolitik: Besondere Erleichterungen für Kleinstkapitalgesellschaften

Besondere Erleichterungen bei der handelsrechtlichen Rechnungslegung werden sog. Kleinst-Unternehmen (Kleinstkapitalgesellschaften) gewährt. Ein Unternehmen wird dann als Kleinstkapitalgesellschaft oder als Kleinst-GmbH & Co. KG eingestuft, wenn an zwei aufeinanderfolgenden Abschlussstichtagen jeweils zwei der folgenden drei Größenmerkmale nicht überschritten werden:

- **Bilanzsumme** (nach Abzug eines etwaigen Fehlbetrags): 350 000 €,
- **Umsatzerlöse**: 700 000 €,
- **Arbeitnehmerzahl** im Jahresdurchschnitt: 10 Personen.

Damit verbunden bleiben – neben den bereits für kleine Gesellschaften geltenden Erleichterungen – erhebliche Vereinfachungen hinsichtlich des Jahresabschlusses (erhebliche Verkürzung und Vereinfachung der Gliederungen von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, Befreiung von der Aufstellung eines Anhangs) und der Offenlegungspflicht.

Explizit nicht zum Kreis der Kleinst-Unternehmen gehören Unternehmensbeteiligungsgesellschaften sowie Holding- und Beteiligungsgesellschaften, nicht aber solche Holdinggesellschaften, die aktiv in das laufende Tagesgeschäft der Tochtergesellschaften eingreifen (sog. Führungs- oder Funktionsholdings). Reine Komplementär-GmbHs kommen daher schon wegen Haftungsübernahme und Geschäftsführung weiterhin als Kleinstkapitalgesellschaften in Frage.

Hinweis: Gerade im Hinblick auf die im Bundesanzeiger zu veröffentlichenden Daten sind die Erleichterungen für Kleinstkapitalgesellschaften wichtig. Von Bedeutung ist, dass durchaus auch für diese Kleinstkapitalgesellschaften ein ausführlicher Jahresabschluss aufgestellt werden kann, um z.B. gegenüber den Gesellschaftern oder der Hausbank ausreichende Informationen zu geben. Ein weiterer zur Veröffentlichung bestimmter Jahresabschluss kann dann unabhängig davon nach den vereinfachten Regeln für Kleinstkapitalgesellschaften aufgestellt werden.

Handlungsempfehlung: Vor dem Hintergrund dieser Erleichterungen ist zum Jahreswechsel 2017/2018 zu prüfen, ob die Schwellenwerte für Kleinstkapitalgesellschaften durch geeignete Gestaltungsmaßnahmen noch vor dem Bilanzstichtag unterschritten werden können. Auch insoweit ist zu beachten, dass die begünstigenden Rechtsfolgen erst dann eintreten, wenn zwei der genannten Merkmale (Schwellenwerte) an zwei aufeinanderfolgenden Abschlussstichtagen nicht überschritten werden.

✓ Überlegungen zur Ausschüttungspolitik zum Jahreswechsel 2017/2018

Werden aktuell Gewinnausschüttungen geplant, ist abzuwägen, ob diese noch in 2017 oder aber erst in 2018 erfolgen sollen. Bei dieser Entscheidung sind einerseits die steuerliche Situation der Gesellschaft und andererseits die des Gesellschafters zu berücksichtigen:

- Ist der **Gesellschafter** der GmbH eine **natürliche Person** und hält er die Geschäftsanteile in seinem steuerlichen **Betriebsvermögen**, so kommt die sog. Abgeltungsteuer nicht zur Anwendung. Für die Ausschüttungspolitik ist in diesem Fall entscheidungserheblich, in welchem Veranlagungszeitraum der persönliche Spitzensteuersatz niedriger ist; in diesem Veranlagungszeitraum sollte dann ausgeschüttet werden.

Gleiches gilt, wenn der Gesellschafter die Geschäftsanteile zwar in seinem steuerlichen **Privatvermögen** hält, die Anwendung der sog. **Abgeltungsteuer** aber gleichwohl **ausscheidet**, z.B. weil ein zu mindestens 25 % an der Kapitalgesellschaft beteiligter Gesellschafter beantragt, auf die Anwendung des besonderen Steuersatzes zu verzichten. Auch in diesem Fall wird die Ausschüttung an den den Antrag stellenden Gesellschafter mit dem tariflichen Einkommensteuersatz besteuert. Ein Vorteil kann für den beantragenden Gesellschafter darin bestehen, dass bei Ausübung des Wahlrechts auch Werbungskosten geltend gemacht werden können, was z.B. bei Refinanzierungskosten der Beteiligung vorteilhaft sein kann.

- Ist der **Gesellschafter** der GmbH eine **natürliche Person** und hält er die Geschäftsanteile in seinem steuerlichen **Privatvermögen** mit der Folge, dass die **Abgeltungsteuer** zur Anwendung kommt, macht es nach der derzeitigen Rechtslage i.d.R. keinen Unterschied, ob die Ausschüttung in 2017 oder in 2018 erfolgt. Die Gewinnausschüttung wird in beiden Fällen mit dem Abgeltungsteuersatz von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer belastet. Eine differenzierte Betrachtung ist nur in den seltenen Ausnahmefällen erforderlich, in denen der persönliche Grenzsteuersatz unter 25 % liegt und der Gesellschafter im Rahmen der sog. „Günstigerprüfung“ eine teilweise Erstattung der sog. Abgeltungsteuer beantragen kann. Dies kann z.B.

Steuerliche Überlegungen zum Jahreswechsel für Kapitalgesellschaften (GmbH/Gesellschafter/Geschäftsführer)

gegeben sein, wenn aus anderen Einkunftsquellen Verluste resultieren und sich deshalb eine sehr niedrige steuerliche Bemessungsgrundlage ergibt.

- Ist der **Gesellschafter** der GmbH seinerseits **eine Kapitalgesellschaft**, macht es nach der derzeitigen Rechtslage ebenfalls keinen Unterschied, ob die Ausschüttung in 2017 oder in 2018 erfolgt, da keine Änderung des Steuertarifs bzw. der Steuerbefreiung absehbar ist.